

Kleine Anfrage 4269

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

an die Landesregierung

Personalentwicklung bei der Polizei des Landes Brandenburg seit 1991

In den Jahren seit der Wende bis ca. 2015 wurde auch der Polizeibestand im Land Brandenburg aufgrund der falschen Prognose zur Bevölkerungsentwicklung stark heruntergefahren. Der eine oder andere Polizeibedienstete hat sicherlich in der Vergangenheit auch angesichts schlechter Bezahlung oder Beförderungsaussichten freiwillig seinen Dienst quittiert. Angesichts der nun wieder eingesetzten Aufstockung der Polizei ist es auch wichtig aus dem vergangenen Exodus zu lernen und Interessierten die Dienstaussichten möglichst positiv darzustellen bzw. zu gestalten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Personalzahlen im mittleren Dienst (mD), gehobenen Dienst und höheren Dienst (hD) der Polizei im Land Brandenburg verändert?
2. Wie sind die Personalkostenanteile im mD, gD und hD zu den Gesamtpersonalkosten der Polizei im Land Brandenburg?
3. Wie viele Stellen wurden jährlich für Beförderungen im mD, gD und hD freigegeben? Wie viel Prozent dieser Stellen im mD, gD und hD waren das im Vergleich zum Gesamtpersonalbestand im mD, gD und hD?
4. Wie ist die durchschnittliche Verweildauer im Amt bis zur Beförderung in das nächsthöhere Amt im mD, gD und hD? Gibt es hier erkennbare Unterschiede?
5. Wie viele Möglichkeiten einer Beförderung sind in den Laufbahngruppen des mD, gD und hD vorgesehen und werden in Brandenburg angewandt?
6. Wie viele Beamte hD (nach Besoldungsgruppen A14 bis A17, sowie Beamte der B-Besoldung) gab es in Brandenburg 1991, 2000, 2005, 2010, 2015, 2018?
7. Warum wurden neue Besoldungsgruppen im hD geschaffen und damit einhergehend höhere Bezüge? Wurden im WWD Führungsfunktionen in den Nebenwachen abgebaut und dadurch Aufstiegsmöglichkeiten von A11 nach A12/A13 weggenommen?

8. Das Land Brandenburg hat in den Jahren 2004 bis 2014 verfassungswidrige Bezüge im öffentlichen Dienst gezahlt. Wie wurden diese fehlenden Einkünfte nach Vorliegen des Urteils des BVerfG ausgeglichen?